

## **Rede gehalten von Dirk Strakhof im Ausschuss für Bildung, Kultur und Bürgerdienste am 13.05.15**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
zunächst möchte ich ihnen die persönlichen Folgen der Haushaltssperre für mich darstellen. Ende Februar habe ich eine Schülerin verloren, Ende August werden es 4 Schüler sein. 4X60 Minuten weniger Unterricht bedeutet ca. 400,- € weniger Einnahmen monatlich.

Da im Sommer erfahrungsgemäß mehr Schüler kündigen rechne ich nach der kleinen Umfrage im Kollegium bei der letzten Lehrerversammlung mit einem Schülerverlust von ca. 700 Schülern bis zum Ende des Jahres für die gesamte Musikschule bei andauernder Haushaltssperre.

Eine Folge der Haushaltssperre für die Musikschule ist der vorhergesagte rapide Rückgang der Veranstaltungszahl im kommenden Halbjahr, so dass die Musikschule mit einem deutlich niedrigeren Budgetgewinn rechnen muss. Das bedeutet der Bezirk spart vordergründig, verliert aber in den kommenden 2 Jahren Geld durch den Verlust beim Budgetgewinn, weil weniger Unterrichts- und Veranstaltungsvolumen angeboten wird. In der KLR wirkt sich das negativ für die MS aus.

Zur Verwaltung:

Die Verwaltung der Musikschule ist schon lange durch den Mangel an Bürokräften hoffnungslos überlastet, was der Leiter Herr Gleich auch durch eine Überlastungsanzeige im März zum Ausdruck gebracht hat. Und hoffnungslos meine ich in diesem Fall wirklich ernst, weil Sie, Frau Richter-Kotowski, bei der letzten Lehrerversammlung keine Besserung dieser Situation in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt haben.

Zwei entscheidende Faktoren führen zur Zeit zu dieser Überlastung der Verwaltung.

1. die von den Lehrkräften seit 2013 geforderte Einzelabrechnung der Unterrichtsstunden, von der der Bezirk schon mindestens seit 2008 wusste, dass sie kommen würde und
2. die äußerst arbeitsintensive immer wieder verzögerte Einführung der neuen Software. Im letzten Jahr gab es bereits wegen des 1. fehlgeschlagenen Versuchs das neue IT-Verfahren einzuführen einen mehrmonatigen Schüleraufnahmestopp.

Vielen Lehrkräften fehlen noch die Nachberechnungen der Honorare aus 2013. Honorare werden z.Teil deutlich verspätet gezahlt, was einen Vertragsbruch darstellt. 10 Tage nach Eingang der Leistungsabrechnung ist das Honorar laut unserem Honorarvertrag fällig.

Von einer ordnungsgemäßen Tätigkeit der Verwaltung, wie sie in der Berliner Verfassung auch bei andauernder Haushaltssperre gefordert wird, kann meiner Meinung nach keine Rede mehr sein.

Alles in allem düstere Aussichten für die Musikschule und für die Bürger dieses Bezirks.

Um den Weg für die Rückkehr zur Normalität des Musikschulbetriebes zu ebnen bitte ich Sie daher dem Antrag zuzustimmen und die Musikschule umgehend aus der Haushaltssperre herauszunehmen.

## **Beitrag zur 32. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Bürgerdienste am 13.5.2015 im BVV-Saal des Rathauses Zehlendorf**

Mein Name ist Astrid Aengeneyndt und ich arbeite in der Musikschule in den Bereichen Einzel- und Gruppenunterricht, Schulkooperation, Ensemble- und Veranstaltungsleitung.

1. Bei mir haben im Februar 2 Schüler auf andere Instrumente gewechselt. Wegen der Entgelterhöhung für den Gruppenunterricht und dem damit verbundenen Sonderkündigungsrecht haben 2 Gruppen zu Ende Mai gekündigt. Zum nächsten offiziellen Termin Ende August gehen mindestens 2 weitere Schüler weg und das geplante Schülerkonzert zu Weihnachten steht in Frage. Mir fehlen dann jede WOCHE 6 Unterrichtsstunden zu dem mehr als fragwürdigen geringen Honorarsatz von brutto 23,73 Euro (also 142,38). Das sind über 550.- Euro jeden Monat, in dem ich arbeiten DARF. In den Ferien und an Feiertagen, wo wir nicht arbeiten dürfen, bekommen meine 319 Kollegen und ich gar kein Geld. Da wird ja schon immer an uns gespart!

Es ist des unermüdlichen persönlichen Einsatzes der freien Kollegen, der Musikschulleitung und der Verwaltung zu verdanken, dass das Bild der MS nach außen bis vor ein paar Jahren noch einigermaßen gewahrt werden konnte. Inzwischen sind wir an dem Punkt, wo das nicht mehr annähernd der Fall ist.

2. Die Verwaltung dieser großen Musikschule im reichsten Bezirk Berlins ist personell dermaßen unterbesetzt, dass sie unseren Anliegen und denen der Eltern und Schüler nur sehr schleppend, manchmal gar nicht nachkommen kann. Bereits im Januar habe ich von einem ausgeschiedenen Kollegen die Leitung eines Ensembles übernommen, den Vertrag dafür habe ich bis heute noch nicht bekommen. Einige Verwaltungsarbeit müssen wir eben selber ehrenamtlich erledigen, damit unser Unterricht überhaupt weitergehen kann.

Zusätzlich muss die Verwaltung das neue Computerprogramm einführen, das von uns allen gefürchtete sehr teure neue Computerprogramm, das noch nicht einmal in allen Belangen auf unsere Tätigkeiten zugeschnitten ist und von dem dauernd neue Unzulänglichkeiten bekannt werden.

3. Die Bedeutung von Bildung und Ausbildung kann nie zu hoch eingeschätzt werden und dennoch wird gerade im Bereich MUSIK MIT KINDERN besonders der Rotstrich angesetzt, obwohl nun wirklich jeder Mensch inzwischen weiß, dass diese Arbeit weit reichende, nachhaltige, positive Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft hat. Stattdessen wird im ganzen Land Berlin schon seit Jahrzehnten bei den Musikschulen gespart: bei der Beschaffung fester Stellen für die Lehrer, beim Personal der Verwaltung, bei der Beschaffung von Musikinstrumenten, bei der Ausstattung den Räumlichkeiten, um nur einige zu nennen. Die Haushaltssperre für die Musikschule bedeutet KEIN Musikunterricht für neue Schüler. Aber diese neuen Schüler sind Kinder und Jugendliche, die einen Anspruch auf umfassende Bildung haben und denen nun ein qualifizierter Unterricht zum Erlernen eines Instrumentes an der Musikschule verwehrt wird. Sie DÜRFEN nicht für die schlechte Finanzpolitik des Bezirks bestraft werden!

4. Wir Musikschullehrer werden zu gerne mit Grundschullehrern verglichen und dürfen höchstens 30 Stunden pro Woche unterrichten. Ich sage: Der Grundschullehrer hat im Gegensatz zu uns eine feste Anstellung und doppelt soviel Einkommen. Vor zwei Jahren mussten wir unter Androhung der Kündigung diese Verschlechterungsverträge unterschreiben, um das Wort Knebelverträge nicht zu benutzen. In diesen Zeiten häufen sich in Fachkreisen unserer Berufsgruppe der freiberuflichen Lehrer Schlagworte wie Prekariat und Altersarmut, obwohl wir im Kindesalter mit dem Instrument begonnen und ein volles Studium absolviert haben. Wie wollen SIE dieser ganzen seit vielen Jahren laufenden Abwärtsspirale begegnen?

Beabsichtigen Sie, dass sich Interessenten angesichts der unabsehbar langen Wartezeit zunehmend an private Anbieter wenden, und so die Strukturen der kommunalen Musikschulen mittelfristig zerstört werden?

Nur mal so zur INFO:

**Prekariat** ist ein soziologischer Begriff für eine ungleiche soziale Gruppierung, die durch Unsicherheiten der Erwerbstätigkeiten gekennzeichnet ist. Dadurch können Lebensverhältnisse schwierig sein, bedroht werden oder zum sozialen Abstieg führen.<sup>[1]</sup> Der Begriff *Prekariat* umfasst die dieser Gruppierung innewohnenden Eigenschaften und Tendenzen.

## Rede gehalten von Dirk Strakhof im Ausschuss für Bildung, Kultur und Bürgerdienste am 04.06.15

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Leo-Borchard Musikschule fährt Jahr für Jahr durch die große Zahl an generierten Unterrichtseinheiten hohe Budgetgewinne ein, die auf andere Stellen der Abteilung Bildung und Kultur verteilt werden.

Als kleines „Dankeschön“ für die jährlichen Budgetgewinne wurde der Musikschule die bezirkliche Haushaltssperre verordnet, anstatt sie aus der Haushaltssperre herauszunehmen, wie es etwa in Tempelhof-Schöneberg geschehen ist. Sie erleidet nun seit dem 1.1.2015 durch den Schüleraufnahmestop im Einzelunterricht Verluste bei der Produktmenge, ebenso wie in 2014, die für die KLR von entscheidender Bedeutung ist.

Diese Verluste werden sich im Produktbudget-Vergleichsbericht 2017 deutlich nachteilig auswirken, was als Folge im gesamten Ressort Bildung, Kultur spürbar sein wird. An der Musikschule Charlottenburg-Wilmersdorf z.B. verursachte eine Einsparung von 80.000 € zu einem Verlust beim Budgetgewinn von 240.000 € zwei Jahre später. Die vermeintliche Einsparung im Jahr 2015 wird also voraussichtlich zu einem hohen Einnahmeverlust in 2017 führen.

Mir ist es völlig unverständlich, warum der Bezirk auf diese Mittel offensichtlich verzichten will.

Die Musikschule ist eine Bildungsinstitution, die z.B. durch die Kooperationen mit den Allgemeinbildenden Grundschulen in ihrer Bedeutung stark in deren Nähe rückt und im Bereich der Infrastruktur deutlich von Ihnen abhängig ist.

Die allgemeinbildenden Schulen profitieren in hohem Maße vom **Einzelunterricht** der an der Musikschule gegeben wird und besetzen ihre Orchester und andere Ensembles zum großen Teil mit Musikschulschülern. Alleine durch den Gruppenunterricht, der neuerdings favorisiert wird, könnte die Musikschule diese Aufgabe nicht leisten.

Für den Fall, dass die Haushaltssperre bis zum Ende des Jahres 2015 bestehen bliebe, würde die Musikschule ab September von mir geschätzte ca. 700 Schüler verlieren. Für den größten Teil der über 300 Lehrkräfte wäre die Situation spätestens dann existenzbedrohend.

Die 2,5 Mill € , die die bezirklichen Berliner Musikschulen für 2014 und 15 vom Senat bekommen haben, für Stegl.-Zehlfd sind es 147.000 € pro Jahr, wurden in den gesonderten Zielvereinbarungen, die der Senat mit den Bezirken abgeschlossen hat, als **zusätzliche Mittel** deklariert.

In dem Moment, wenn der Bezirk der Musikschule an anderer Stelle Mittel wegnimmt, sind diese Mittel aber nicht mehr **zusätzlich**, was im Widerspruch zur abgeschlossenen Zielvereinbarung steht. Durch diese Rechtsauffassung konnte die Haushaltssperre für die Musikschule in Tempelhof-Schöneberg verhindert werden.